

Seminar zum Thema „Kooperation in Zeiten der Krise: Die deutsche Wirtschaft und Russland

Am 3. April 2014 veranstaltete in Berlin Ostinstitut Wismar zusammen mit dem Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, dem Deutsch-Russischen Forum und der Kanzlei Beiten Burkhardt ein Kurzseminar mit anschließender Podiumsdiskussion zum Thema „Kooperation in Zeiten der Krise: die deutsche Wirtschaft und Russland“.

Die Konfrontation zwischen Russland und der EU bzw. Deutschland nimmt in der letzten Zeit wegen der Ereignisse in der Ukraine zu. Die politische Situation ist angespannt. Die EU hat die s.g. weichen Sanktionen erhoben. In Vorbereitung sind doch auch harte Wirtschaftsstrafmaßnahmen gegen Russland. Die deutsche Wirtschaft ist bereits jetzt über die möglichen Sanktionen zunehmend besorgt. Es stellt sich Frage, was es nach der Erhebung der Sanktionen wird.

Auf die für die deutsche Wirtschaft relevanten Fragestellungen fokussierte sich das Kurzseminar mit dem Thema „Kooperation in Zeiten der Krise: Die deutsche Wirtschaft und Russland“, das Ostinstitut Wismar zusammen Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, dem Deutsch-Russischen Forum und der Kanzlei Beiten Burkhardt am 3. April 2014 in Berlin veranstaltete. Ziel des Seminars war die gegenwärtige politische Situation zwischen Russland und Deutschland aus dem Blickwinkel einer durch wirtschaftliche Nüchternung geprägten Perspektive zu betrachten.

Die Tagung eröffnete Wolfgang Clement, Bundesminister a.D., Ministerpräsident a.D., Präsident Ostinstitut, der folgende Fragen zur Diskussion stellte: Was bedeutet die Krise für in Russland tätigen Unternehmen? Dürfen wir noch Waren liefern? Welche Bedeutung haben die Sanktionen? Mit welchen Reaktionen ist in Russland zu rechnen?

Mit dem Vortrag über den Standpunkt der deutschen Wirtschaft in der Krise äußerte sich Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Dr. Eckhard Cordes. Cordes betonte, dass insbesondere in diesem Moment ein großer Bedarf an kluger Politik besteht. Grundsätzlich gilt für die Wirtschaft der Primat der Politik. Diese muss am Ende entscheiden. Die Wirtschaft wird mögliche politische Entscheidungen über die Sanktionen gegen Russland respektieren. Diese müssen jedoch wirklich die Ultima Ratio sein. Man muss zuerst diplomatische Wege suchen. Vor der Erhebung der Sanktionen sollen Bedingungen an Russland klar definiert werden, deren Erfüllung die Wirtschaftssanktionen ausschließt. Man muss jedoch im Klaren sein, dass Russland wegen der Sanktionen nicht einlenken und die Krim zurückgeben wird.

Cordes befürchtet ferner negative Auswirkungen der Sanktionen für die deutsche Wirtschaft, insbesondere für Unternehmen, die schon in Russland arbeiten und viel investiert haben (beispielweise Metro mit 5 Milliarden von Investitionen ins Russlandgeschäft). Trotz der in der Politik geführten Diskussion, dass Deutschland seine Energiepolitik überdenken soll, sieht Cordes keine Abhängigkeit Deutschlands vom russischen Gas. Deutschland kann sich seit Jahrzehnten darauf verlassen, dass Russland die Verträge mit Deutschland erfüllt. Auch aktuell betont die russische Seite, dass es zu keinen Lieferunterbrechungen beim Gas und Öl kommen wird. Die Russen würden eher die Diskussion mit Sorge sehen, dass sich Europa unabhängig von solchen Lieferungen machen wolle. Der große Gewinner werde China. Sollte der Westen künftig weniger russisches Gas und Öl beziehen, werde Russland einfach mehr Rohstoffe nach China liefern. Es stünde nicht im Interesse der EU und der USA, Russland von China abhängig zu machen.

Des Weiteren hat Prof. Dr. Andreas Steininger, geschäftsführendes Vorstandsmitglied Ostinstitut zur wirtschaftlichen Verflechtung Russland und Deutschland und zu den Konsequenzen von Sanktionen vorgetragen. Prof. Steininger beleuchtete die sagenhafte Entwicklung des Russlandgeschäfts seit Anfang der 90er Jahre. Mittlerweile erreichte Zahl der deutschen Firmen in Russland ca. 6200 mit bis zu 300.000 Beschäftigten. Zahl der russischen Firmen in Deutschland erreichte ca. 5000, wobei ca. 1500 Firmen mit einer russischen Beteiligung von über 25 % am Stammkapital sind. Deutsche Investitionen betragen im Jahr 2013 rund 22 Milliarden Euro. Ferner hat Prof. Steininger Rechtsgrundlagen für Sanktionen nach EU-Recht angesprochen. In diesem Zusammenhang hat er insbesondere betont, dass bei der Entscheidung über die Erhebung von Sanktionen der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit berücksichtigt werden muss. Die Sanktionen sollen erforderlich, geeignet und angemessen sein. Im Hinblick auf die Reaktion Russlands ist Prof. Steininger der Ansicht, dass Russland keine Gegensanktionen vorbereitet.

Anschließend hat Falk Tischendorf, Rechtsanwalt, Partner, Leiter des Moskauer Büros Beiten Burkhardt Moskau, zum Thema „Ein Blick in die Praxis deutscher Unternehmen in Russland: Analyse des russischen Wirtschaftsrechts im Hinblick auf mögliche Sanktion“ vorgetragen. Deutsche und russische Unternehmen machen sich bereits jetzt Gedanken wegen der möglichen harten Wirtschaftssanktionen. Sie sind verunsichert. Es werden folgende Fragen gestellt: Betrifft es die laufenden Projekte, nur Projekte in Russland oder nur auf der Krim? Wenn es Projekte auf der Krim betrifft, was zu beachten ist, welche Vorschriften gelten (ukrainische oder russische)?

Im Hinblick auf die möglichen Sanktionen ist Tischendorf der Ansicht, dass sie zu Nichts führen. Russland vorbereite seinerseits keinen Gegensanktionen vor. Die Rechtslage in Russland hat sich wegen der Konfrontation nicht geändert.

Nach den Kurzvorträgen fand Podiumsdiskussion mit anschließender Diskussionsrunde, die Wolfgang Clement moderierte. Zunächst äußerte sich kurz über die Ukraine und die russischen Wirtschaftsinteresse in der Ukraine Alexander Rahr, Forschungsdirektor des Deutsch-Russischen Forums. Rahr erwähnte auch, dass es vor der Krise wichtig war, Russland in die Gespräche zwischen

der EU und der Ukraine einzubeziehen. Jetzt entscheiden über die Ukraine Russland und die USA, und zwar ohne die Ukraine.

In der Diskussionsrunde standen die Experte: Rahr, Steininger, Cordes, Tischendorf den eingeladenen Gästen für ihre Fragen zur Verfügung. Rahr hat u.a. auf eine Gefahr des Zerfalls der Ukraine hingewiesen. Das Problem kann weder die EU noch Russland allein lösen. Cordes betonte, dass Russland und die EU zusammengehören und dass, die in der Vergangenheit erreichte Versöhnung zwischen Russland und Deutschland nicht zerstört werden darf. Es wurde ferner erwähnt, dass es der Bundesregierung zu verdanken sei, dass bis jetzt die EU die Sanktionen der dritten Stufe nicht gegriffen hat.

Zum Schluss war das Ergebnis der Veranstaltung wie folgt zusammengefasst: Es besteht das große Interesse, die gegenwärtige Krise möglichst ohne Verluste zu überwinden.